

Antrag

der Abgeordneten Lenzer, Pfeifer, Dr. Riesenhuber, Dr. Probst, Gerstein, Dr. Bugl, Engelsberger, Eymer (Lübeck), Dr. Hubrig, Maaß, Neuhaus, Prangenberg, Weirich, Magin, Dr.-Ing. Kansy, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Hellwig, Müller (Wadern), Dr. Kunz (Weiden), Regenspurger und der Fraktion der CDU/CSU

Energieforschung und Energietechnologien 1981 bis 1985

Das letzte Programm Energieforschung und Energietechnologien der Bundesregierung ist 1980 ausgelaufen. Zur Zeit gibt es für dieses wichtige Gebiet kein Anschlußprogramm. Zwar stellt die Bundesregierung in dem 1980 ausgelaufenen Programm fest, „angesichts der besonderen Bedeutung der Energie und der bestehenden Risiken für die reibungslose Versorgung muß die Energiepolitik eine hohe Priorität innerhalb der Gesamtpolitik erhalten“, jedoch wird sie auch hier ihrer Aufgabe nicht gerecht. Die Tatsache, daß derzeit kein gültiges Energieforschungsprogramm vorliegt, steht in eklatantem Gegensatz zu den zahlreichen Erklärungen der Bundesregierung. Die energiepolitische Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung zieht auch die langfristig zu konzipierende Energieforschung stark in Mitleidenschaft.

Energieforschung muß breit angelegt sein und sich mit Blick über das Jahr 2000 hinaus so orientieren, daß keine der denkbaren Möglichkeiten, Energiequellen zu nutzen, vernachlässigt wird, damit die Bereitstellung von Energie nicht zum begrenzenden Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung wird. Ein neues Programm muß berücksichtigen, daß die drei wichtigsten Phasen bei der Einführung neuer Energietechnologien – Forschung, Entwicklung und Demonstration – lange Zeiträume, oft Jahrzehnte benötigen, und deshalb der mögliche Beitrag selbst relativ weit in der Entwicklung fortgeschrittener Technologien innerhalb der herkömmlichen politischen und wirtschaftlichen Planungshorizonte begrenzt ist. Es liegt im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, daß der Endenergiebedarf mit möglichst geringem Energieverbrauch und unter größtmöglicher Schonung von Ressourcen und Umwelt so wirtschaftlich wie möglich gedeckt werden kann. Dies verlangt eine langfristig verlässliche, finanziell abgesicherte und kontinuierlich durchgeführte Planung.

Energieforschung ist die Voraussetzung dafür, daß neue Energietechnologien im rationellen und sparsamen Einsatz von Energie,

zu umweltfreundlicher Erzeugung und Verbrauch von Energie, zur Erschließung neuer Energiequellen rechtzeitig und zügig an den Markt herangeführt werden.

Gerade in kritischen Zeiten knapper Haushaltsmittel ist es entscheidend wichtig, daß notwendige Entwicklungen durch eindeutige Planungen abgesichert werden, daß Prioritäten gesetzt werden und daß Ziele und Instrumente der Energieforschungspolitik rechtzeitig einer sachlichen Diskussion unterworfen werden.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein neues Programm Energieforschung und Energietechnologien 1981 bis 1985 vorzulegen.
2. Das Programm muß auf einer verlässlichen mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung basieren.
3. Das Programm muß die Zuständigkeiten der Bundesressorts sowie die Zusammenarbeit mit Bundesländern klar regeln.
4. Das Programm soll die Grundsätze der CDU/CSU zur Energieforschung berücksichtigen, die in den folgenden Initiativen der CDU/CSU-Fraktion formuliert und begründet sind:
 - Förderung der Solartechnik in der Bundesrepublik Deutschland (Drucksache 8/1268)
 - Energiepolitisches Programm (Drucksache 8/1394 – neu)
 - Rationelle und sparsame Energieverwendung (Drucksache 8/1963)
 - Verbundkonzept Kohle und Kernenergie (Drucksache 8/3090)
 - Förderung von Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der photoelektrischen und photochemischen Umwandlung der Solarenergie (Drucksache 8/3732)
 - Photoelektrische Umwandlung der Solarenergie (Drucksache 8/4426).

Bonn, den 26. August 1981

Lenzer
Pfeifer
Dr. Riesenhuber
Dr. Probst
Gerstein
Dr. Bugl
Engelsberger
Eymer (Lübeck)
Dr. Hubrig
Maaß
Neuhaus

Prangenberg
Weirich
Magin
Dr.-Ing. Kansy
Dr. Stavenhagen
Frau Dr. Hellwig
Müller (Wadern)
Dr. Kunz (Weiden)
Regenspurger
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion